# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

**Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.**

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk. :: Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigst. Wildb. :: Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Häberle & Co. Wildbad. :: Postscheckkonto Stuttg. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Ins.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. :: Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. :: Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. :: In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlaßgewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 29 | Fernruf 179 | Wildbad, Donnerstag, den 5. Februar 1925 | Fernruf 179 | 60. Jahrgang


## Der Ersatz der Micumleistungen

### Das verletzte Etatsrecht

Die Ruhrentschädigungen scheinen sich zu einer großen Sache auszudehnen. Es handelt sich allerdins ja nicht um Entartung, nicht um Kreditkettenhandel, nicht um Spritschieberei. Sondern es ist ganz einfach das Etatsrecht des Reichstags verletzt worden. Die Parteien, die sich in der Aufdeckung von Skandalen neuerdings förmlich den Rang ablaufen, um sich gegenseitig eins auszuwischen, werden sich voraussichtlich zur Rettung parlamentarischer Befugnisse auf einem gemeinsamen Boden zusammenfinden.

Was liegt nun vor? Man muß bis in die Zeit des Ruhrkampfes zurückgehen, um den Faden der Ereignisse zu finden. Als dieser unblutige, aber erbittert geführte Krieg im Herbst 1923 zu Ende ging, spielte die Frage eine große Rolle, wer die Lasten aus den von den Franzosen verlangten Lieferungsverträgen, die von der Ingenieurkommission, auch „Micum" genannt, diktiert wurden, zu tragen habe. Am 14. Oktober 1923 wurde ein Briefwechsel zwischen Hugo Stinnes und dem ehemaligen Reichskanzler Stresemann veröffentlicht. Stinnes hatte am 7. Oktober angefragt, ob das Reich bereit sei, die Kosten für die Micumverträge zu übernehmen. Dr. Stresemann — er befand sich gerade in seiner zweiten großen Koalitionsreichskanzlerschaft — erwiderte am 12. Oktober unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reichs und auf die Gefahr der weiteren Markentwertung: „Die Reichsregierung kann Ihnen und Ihren Freunden gegenüber deshalb weder eine Bürgschaft für die Zahlung der Entschädigungskohle, noch für einen Ersatz der beschlagnahmten Kohle, noch einen Ersatz für die Kohlensteuerbeträge übernehmen." Dabei beruhigte sich die Oeffentlichkeit. Die Arbeiter und Angestellten der Ruhrindustrie, die über schlechte Entlohnung und über das Inflationselend klagten, wurden darauf verwiesen, daß die Arbeitgeber noch viel fürchterlichere Opfer zu bringen hätten. Aber es kam ganz anders. Die Arbeiter mußten bei beschränktem Lohn wieder Mehrleistung aufbringen, was nur aus ihnen herausging. Den Arbeitgebern wurde die Kohlensteuer erlassen, — ein Geschenk des Steuerzahlers. Und dann begann das Reich, die Micumschäden aus allgemeinen Mitteln zu ersetzen. Noch im November 1923 faßte das Kabinett der zweiten großen Koalition einen Beschluß, der den ersten Brief Stresemanns abänderte. Wie lautete der Beschluß? Etwa, daß bei Besserung der Finanzlage des Reichs der Reichstag Micum-Entschädigungen bewilligen solle? Ach nein, man ging sehr diktatoirsch und ganz unparlamentarisch vor. Tiefes Dunkel lagert über der Krisenzeit. Am 10. September 1924 erließ das Kabinett Marx eine Bekanntmachung über Vergütung von Ruhrschäden. Am 10. Dezember erweiterte der Reichsminister für die besetzten Gebiete die Vergütungen, obwohl beriets im Juni 1924 das Reich die Hälfte der Micumlasten durch Hingabe von E-Schatzanweisungen übernommen hatte. Alles geschah ohne Befragung des Reichstags. Im Hauptausschuß des Reichstags hat Staatssekretär Fischer die Aussage gemacht, daß an die Ruhrindustrie 645 Millionen Goldmark ausbezahlt und weitere 70 Millionen bewilligt worden sind. —er.

•

Die „Köln. Ztg." schreibt zu der peinlichen Angelegenheit: Darüber, daß die Reichsregierung verpflichtet war, die Entschädigungsleistungen, welche die Ruhrindustrie für das gesamte Reich auslegte, zu vergüten, sollte kein Zweifel bestehen. Was wäre wohl erfolgt, wenn das Reich die Industrie im Stich gelassen hätte, und die Franzosen, um sich ihre Entschädigungskohlen zu holen, sich der Ruhrzechen bemächtigt und in Ausnutzung der Notlage der Bevölkerung mit Fronarbeit selbst die Kohlen gefördert hätten? In späteren Monaten hat die Industrie die Erfüllung der Micumverträge nicht mehr durchhalten können. Gleichzeitig kam aber, als man schon nahe vor dem Abbruch stand, das Gutachten der Sachverständigen. Um die Verhandlungen darüber nicht von vornherein zum Scheitern zu bringen, sind für den letzten Rest der Micumverträge vom Reich die Leistungen der Industrie teils ausbezahlt, teils sind darauf zurückzuzahlende Darlehen gegeben worden. Die Lieferungen waren genau festzustellen, sie sind im Bericht der französischen Kammer veröffentlicht worden. Das Reichsfinanzministerium hat sich bei der Auszahlung der Ruhrhilfe von der Anschauung leiten lassen, daß es sich um Ueberschreitungen des Staatshaushalts handle, die erst bei der Rechnungslegung zu verantworten seien, während sich der Reichstagsausschuß wohl mit Recht auf den Standpunkt stellt, daß angesichts der Höhe der Summe die Einbringung eines Nachtragshaushalts dem Budgetrecht des Reichstags entsprochen hätte. Das Reichsfinanzministerium will nunmehr dem Wunsch des Reichstags Rechnung tragen und gleichzeitig mit der Denkschrift, die das Sachliche seiner Maßnahmen rechtfertigen soll, um nachträgliche Genehmigung seines Verfahrens nachsuchen.

•

Das Pariser „Journal" will in Berlin erfahren haben, in den diplomatischen Kreisen des Verbands sei man der Ansicht, daß die Zahlung von Entschädigungen an die deutschen Ruhrindustriellen für die Durchführung der Micumverträge einen Bruch der Vorschriften des Dawesplanes bedeute, weshalb sich die verbündeten Regierungen für die Angelegenheit interessieren. Ihre Beratungen würden nicht ohne Folgen bleiben. — In dieser Form ist dies natürlich heller Unsinn, denn die Kriegsentschädigung haben doch nicht die Ruhrindustriellen, sondern das Reich zu bezahlen.

## Tagesspiegel

**Reichskanzler Dr. Luther wird am nächsten Montag im Gürzenichsaal in Köln eine politische Rede halten.**

**Die Denkschrift der Reichsregierung in der Frage der Ersatzleistungen für die unter dem Micumsystem von der Ruhrindustrie ausgeführten Entschädigungsleistungen wird am Freitag dem Reichstag übergeben werden.**

**Amtlich wird mitgeteilt, daß die Entschädigungsauszahlungen an die Ruhrindustriellen sich auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstrecken, daß sie also nicht, wie ein Berliner Blatt behauptete, erst seit 20. Dezember 1924 erfolgten. Die Forderungen sind genau geprüft und teilweise um 20 bis 30 Prozent herabgesetzt worden.**

**Die deutsche Handelsabordnung in Paris verlangt keine Sondervergünstigungen, wie die Pariser Presse behauptet, sondern das Meistbegünstigungsrecht bzw. die Mindestzölle, die in dem Entwurf des französischen Handelsministers Raynaldy vom 12. Oktober 1924 angeboten, auf Einspruch der französischen Industrie aber wieder zurückgezogen worden waren.**

**Es wird davon gesprochen, daß die englischen Besatzungstruppen nach Wiesbaden und Umgebung verlegt werden sollen.**

**Der große Bericht der Ueberwachungskommission soll am 14. Februar dem Botschafterrat übergeben werden. Er sei für Deutschland „überaus belastend", da er feststelle, welche Widerstände die deutschen militärischen Kreise den Visitationen entgegengestellt hätten.**

**Das Abgeordnetenhaus in Washington hat angenommen, daß die Vereinigten Staaten eine Abrüstungskonferenz einberufen sollen. Die Kommission sprach sich für den Beitritt zum Haager Schiedsgerichtshof aus.**

## Neue Nachrichten

### Die Vorschäge zur Steuerreform

**Berlin**, 4. Febr. Die Steuervorschläge des Reichsfinanzministers von Schlieben für die heutige Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin gehen, wie verlautet, dahin, daß die Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer je um ein Drittel ermäßigt werden sollen, die Länder und Gemeinden sollen aber Zuschläge zur Reichssteuer erheben dürfen, die an eine gewisse Höchstgrenze gebunden und vom Reichstag zu genehmigen sind. An der Umsatzsteuer sollen die Länder einen höheren Anteil erhalten. Für diesen Ausfall an Reichseinkommen sollen die Verbrauchssteuern zugunsten des Reichs erheblich gesteigert werden. Das ganze verwickelte Steuersystem soll vereinfacht werden, wobei gewisse Reichssteuern den Ländern und Gemeinden ganz überlassen und einige Steuern der Inflationszeit aufgehoben werden. Außer diesen Steuerfragen wird die Konferenz sich noch mit den Auslandskrediten der Länder und Gemeinden und mit der Aufwertung befassen.

### Der Barmatskandal

**Berlin**, 4. Febr. Der Untersuchungsausschuß des preuß. Landtags vernahm heute den Abgeordneten Heilmann. Dieser gibt auf eine Anfrage des Vorsitzenden an, er habe seit 1923 gewußt, daß Barmat in Beziehungen zur Staatsbank stand. Der Vorsitzende Professor Dr. Leidig stellt fest, daß das Freundschaftsverhältnis zwischen Barmat und Heilmann sehr eng gewesen sei. Heilmann habe Generalvollmacht gehabt.

Heilmann gibt an, er habe während des sechsjährigen Verkehrs mit Barmat ihn als eine einwandfreie Persönlichkeit befunden. Gegen die Behauptung, daß Barmat Geld zu dem „Dolchstoß" in den Rücken des deutschen Heers gegeben habe, sei anzuführen, daß Barmat die ihm zur Verfügung gestellten Räume erst nach dem Waffenstillstand bezogen habe. Das Angebot, bolschewistischer Generalkonsul in Holland zu werden, habe Barmat abgelehnt. Mit dem Schreiben eines belgischen Politikers, der die Wünsche der deutschen Sozialdemokratie für die Friedensverhandlungen habe erfahren wollen, sei Barmat bei Ebert eingeführt und einigemale eingeladen worden, bis der Antwortbrief fertig war. Seitdem habe Ebert Barmat nicht mehr gesehen. Nach der letzten Zusammenkunft habe Ebert von Barmat etwas erfahren, was ihm nicht gefiel, und er habe das Wort „Jude" gebraucht, was Barmat nicht gefallen habe.

Der Sekretär Eberts, Franz Krüger, habe bei der Ausstellung von Paßausweisen auf eigene Faust gehandelt. Die Ausweise trugen den Stempel „Büro des Reichspräsidenten". Der Sohn Eberts sei in der „Bremer Bank" Barmats auf seinen Wunsch im Herbst 1924 mit einem Monatsgehalt von 500 Mark angestellt worden; er sei aber im November wieder ausgetreten. Die Zusammenkünfte mit den Barmats, denen sich auch der Polizeipräsident Richter zugesellte, seien häufig gewesen, dabei wurde viel Geschäftliches verhandelt. Daß Barmat vom Reichswirtschaftsminister, dem Sozialdemokraten Robert Schmidt, das Alleinrecht zur Einfuhr von Lebensmitteln erhielt, sei ihm nichts bekannt. Der damalige unabhängige Abg. Könen habe vor Barmat ein Darlehen von 8000 Mark genommen. Daß Barmat endlich als Betrüger erster Klasse bezeichnet worden sei, habe er anfangs 1919 erfahren.

### Prozeß Kroner

**Berlin**, 4. Febr. Heute begann der Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor Kroner-Berlin wegen Beleidigung des Landgerichtsdirektors Bewersdorf-Magdeburg auf Grund des bekannten Urteils im Prozeß Ebert-Rothardt. Die Verteidigung stellte den Antrag auf Vertagung bis zur Erledigung der Berufungsverhandlung dieses Prozesses.

•

### Theologendienstpflicht in Elsaß-Lothringen

**Straßburg**, 4. Febr. Bei einem Empfang der Stadtgeistlichen von Straßburg sagte Bischof Ruch, die französische Regierung habe verlangt, daß auch die Priesteramtskandidaten der Diözesen Straßburg und Metz vom Jahr 1925 der militärischen Dienstpflicht genügen müssen. Er habe aber den Klerikern den Eintritt in die Kasernen verboten, solange die Dienstpflicht nicht von Vertretern des elsässischen Volks durch Gesetz festgelegt sei. Fünf Ersuchen der Regierung in Paris, die Dienstpflicht zu gestatten, habe er abgelehnt. Er könne nur bedauern, daß das Versprechen der Regierung, die bisherige religiöse Ueberlieferung des Landes (unter der deutschen Regierung waren bekanntlich die katholischen Theologen vom Militärdienst befreit. D. Schr.) nicht gehalten worden sei.

### Todesurteile gegen Deutsche

**Brüssel**, 4. Febr. Das Kriegsgericht in Bergen (Belgien) hat eine Reihe deutscher Militärpersonen, und zwar 1. Leutnant Sottorf des 84. Infanterieregiments zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Er soll im August 1914 in Nimy den unter seinem Befehl stehenden Soldaten befohlen haben, einige Belgier zu töten. 2. Wilhelm Knipping, Zivilkontrolleur des Viehbestands, zu Todesstrafe. Knipping soll im September 1918 in Macquenois einen Bauern erschossen haben. 3. Der Soldat Josef Diederinck aus Köln zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Diederinck soll 1915 in Maffel ein sechsjähriges Kind erschossen haben. 4. Feldwebel Peter Peeter des 39. Infanterieregiments zu 5 Jahren Gefängnis, der mit der Waffe in der Hand dem Bürgermeister Boussu 1800 Franken erpreßt haben soll. 5. Regimentsarzt von Bültzinglöwen zu Todesstrafe. Von Bültzinglöwen soll dazu beigetragen haben zu der Erschießung des Pfarrers von Roselies.

### Der Warenverkehr nach dem Saargebiet

**Paris**, 4. Febr. Nach einer Vereinbarung der französischen Regierung mit der Saarkommission unterliegen sämtliche deutsche Waren, die ins Saargebiet eingeführt werden, dem französischen Zolltarif. Die Privattabakindustrie kann in diesem Jahr weiterarbeiten. Der Alkoholverbrauch soll 3 Liter auf den Kopf nicht überschreiten; wenn er 3,5 Liter übersteigt, so soll er zwangsweise zugemessen werden. Die indirekten Steuern werden durchweg erhöht. Es werden strenge Maßregeln gegen den Schmuggel getroffen. Die Zollinie im Süden des Saargebiets (gegen die Pfalz) soll fallen, dagegen die Zollüberwachung im Norden stark verschärft werden.

### Die Besetzung nicht „unendlich"

**Paris**, 4. Febr. In der gestrigen Kammersitzung sprach Abg. Leon Blum (Soz.) sein Bedauern aus, daß der Bericht der Ueberwachungskommission nicht vor dem 10. Jan. veröffentlicht worden sei, um die Linksparteien in Deutschland in ihrem Kampf gegen die Nationalisten zu unterstützen. Er frage, wie lange die Besetzung dauern solle. Herriot teile nicht den Standpunkt Poincarés, daß die Besetzungsfristen noch nicht zu laufen begonnen haben. Abg. Bouillon ruft: „Im Senat hat Herriot das Gegenteil gesagt!" Der vormalige Kriegsminister Maginot stellt fest, die Worte Herriots in seiner letzten Kammerrede seien gar nicht anders zu verstehen, als daß Frankreich dauernd am Rhein bleiben wolle. Herriot erklärt, er ändere an seiner Rede nichts; unendlich solle die Besetzung nicht dauern. Die Kammer nahm darauf den Kredit von 58 000 Franken für die Vertretung Elsaß-Lothringens beim Vatikan mit 316 gegen 246 Stimmen an.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

### Moskau erkennt die Vorkriegsschulden nicht an

**Paris**, 4. Febr. Der Moskauer Berichterstatter des „Petit Parisien" meldet aus einer Unterredung mit Rykow, dem Nachfolger Lenins, die kommunistische Revolution erkenne, wie Rykow erklärte, die russischen Vorkriegsschulden grundsätzlich nicht an. Wenn aber Frankreich wirtschaftlich und politisch mit Rußland zusammenarbeiten und zur Wiederherstellung seiner Industrie behilflich sein wollte, so würde sich schon ein Weg finden lassen, um Frankreich schadlos zu halten.

### Gilbert in London

**London**, 4. Febr. Der Generalagent für die Dawes-zahlungen, Parker Gilbert, ist zu Besprechungen mit dem Schatzkanzler Churchill aus Berlin in London eingetroffen. Wie verlautet, soll trotz der englischen Abneigung die Durchführung des Dawesplans durch Deutschland mit der Regelung der Verbandskriegsschulden verbunden werden.

### Der Mißgriff Chamberlains

**London**, 4. Febr. Der „Manchester Guardian" schreibt: Außenminister Chamberlain hat sich in seinem Amt nicht gut eingeführt. Sein Ultimatum an Aegypten war schlecht; er hat es eingesehen und sich entschuldigt. Statt aber daraus zu lernen, Mißgriffe zu verhindern, hat er einen neuen begangen. Seine Rede auf dem Bankett der Juweliere auf die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther und die deutsche Entwaffnung war ein Mißgriff. In der Rede Luthers war rein nichts enthalten, was zu einer Verurteilung hätte Veranlassung geben können. Die Hervorhebung, daß die Verbündeten zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen bereit seien, war unglücklicherweise nicht weniger notwendig als die entsprechende Versicherung Luthers. Chamberlain ist eben befangen in der Vertragsverletzung der Nichträumung Kölns. Kann übrigens Chamberlain auch für die Vertragseinhaltung der anderen Verbündeten eintreten? Weiß er nicht mehr, daß eine englische Regierung gar nicht in der Lage ist, die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung zu hindern? Hätte Chamberlain Herriots Kammerrede nur halb so scharf beurteilt, so hätte er zugeben müssen, daß der Friede auch von anderer Seite bedroht ist. Wir sind zur Diktaturpolitik zurückgekehrt, die jetzt ebenso schlecht wirken wird wie damals.

### Englische Schutzzölle von Fall zu Fall

**London**, 4. Febr. Die englische Regierung wird auf das Einbringen eines allgemeinen Industrieschutzgesetzes, wie es in der Thronrede angekündigt war, verzichten und dafür, wie letztmals im Jahr 1860, jeweils einen Zoll für solche Industriezweige beantragen, die des Schutzes bedürfen. Die Bedürftigkeit muß durch einen vom Handelsamt einzusetzenden Ausschuß im Einverständnis mit dem Schatzamt festgestellt werden. Von den Schutzzöllen sind die Lebensmittel ausgenommen.

### Unbrauchbare Militärflugzeuge aus England

**Bukarest**, 4. Febr. In einer geheimen Sitzung der rumänischen Kammer wurden Mißbräuche bei der Bestellung von Flugzeugen für Rumänien in England besprochen. Die Opposition behauptete, daß die Flugzeuge „ihrem Zweck nicht entsprechen" und zu teuer seien. In der ganzen Angelegenheit scheint eine sehr einflußreiche Persönlichkeit verwickelt zu sein, die auf dem Kauf der Flugzeuge in England bestand. Aus diesem Grund hat auch der Kriegsminister die Behandlung dieser Interpellation in einer geheimen Sitzung verlangt. Die rumänische Regierung ist eifrig bemüht, zu verhindern, daß Nachrichten über die geheime Sitzung in die Oeffentlichkeit dringen und sie hat die Blätter „Dimineata" und „Adeverul", die Anspielungen auf diese Sitzung brachten, gemaßregelt. Den Berichterstattern dieser Blätter wurde der weitere Zutritt zur Kammer untersagt. In oppositionellen rumänischen Kreisen bezeichnet man diese Angelegenheit als eine neue große Panama-Affäre, in der zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten bloßgestellt sein sollen.

### Die Türkei und Griechenland

**Konstantinopel**, 4. Febr. Die türkische Regierung trifft angesichts der drohenden Haltung Griechenlands an der griechischen Grenze von Adrianopel Abwehrmaßnahmen.

In London befürchtet man, daß nach dem griechischen Patriarchen auch der jüdische Oberrabiner aus Konstantinopel ausgewiesen werden könnte.

Das türkische Pressebüro in Paris erklärt, die Türkei beabsichtige nicht, das ökumenische Patriarchat abzuschaffen. Der Heilige Synod sei aber nur eine politische Einrichtung im Dienst Griechenlands und er habe die Wahl des Patriarchen Konstantin herbeigeführt, um in der Türkei Uneinigkeit und Herausforderung zu schaffen. Gegen die Wahl eines neuen Patriarchen würde die Türkei keine Einwendungen erheben. Aber Griechenland habe kein Recht, sich in innere Angelegenheiten der Türkei anzumischen.

Der Mailänder „Secolo" meldet aus Athen, die griechische Regierung habe beschlossen, bei ausländischen Firmen Waffen und Munition anzukaufen.

In Trikala (Griechenland) griffen die Kommunisten das Polizeigebäude, die Post und andere Verwaltungsgebäude an. In dem Kampf wurden fünf Mann getötet, viele verletzt.

### Bestürmung im Vatikan gegen Herriot

**Rom**, 4. Febr. In vatikanischen Kreisen hat die Ablehnung der französischen Botschaft durch die französische Kammer sehr verstimmt, und man erklärt die Bewilligung der elsaß-lothringischen Vertretung als eine klägliche Ausflucht, um im letzten Augenblick noch eine Vertrauensabstimmung für das Kabinett Herriot zu erlangen. Der Papst wird erst antworten, wenn der französische Senat entschieden haben wird.

---

## Eine Denkschrift über die Beamtenbesoldung

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtenbesoldung von 1897 bis zum Dezember 1924 zugegangen. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Bezüge der Beamten der mittleren und oberen Besoldungsgruppen sowohl seit 1897 als auch seit 1913 erheblich weniger aufgebessert worden sind als die der unteren Besoldungsgruppen. Infolgedessen sei bei den Grundgehältern und noch mehr bei den Gesamtbezügen eine Zusammenrückung der Spannungen eingetreten. In der Privatwirtschaft sind die Spannungen größer. Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut vorgebildeten und in leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während dies bei den mit Beamten der unteren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der Fall ist. Die 1913 zwischen den Bezügen der Beamten der heutigen Besoldungsgruppen 3, 8 und 9 bestehenden Spannungen von 1:2,55:4,4 sind bei der geltenden Regelung auf 1:2:3,3 zusammengerückt. Die Denkschrift stellt weiter fest, daß zu dem System des Wohnungsgeldzuschusses zurückgekehrt werden mußte, nachdem sich das System des Ortszuschlags auf die Dauer als unhaltbar erwiesen hatte. Die Familienzuschläge stellen bei der heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge dar. Eine weitere Erhöhung des Familienzuschlags berge die Gefahr in sich, daß zwischen den Bezügen eines verheirateten Beamten und mehreren Kindern und denen eines ledigen Beamten ein Mißverhältnis entstehen könnte, das mit besoldungspolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu vereinbaren wäre. Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die Entwicklung der Besoldung beigefügt. Aus dieser ergibt sich, daß die Großhandelspreise seit 1897 um insgesamt 68,1 v. H. gestiegen sind. Davon entfallen auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 29,6 v. H. Die Kleinhandelspreise unter Einrechnung der Wohnungskosten steigerten sich insgesamt um 51,9 v. H., wovon auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 22,3 v. H. entfallen. Die Arbeiterlöhne haben sich seit 1897 um insgesamt 97,9 v. H. für ungelernte und 70,3 v. H. für gelernte Arbeiter erhöht, wovon wiederum auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 20 bezw. 11 v. H. entfallen. Bei den Reichsbeamten ergibt sich bei den unteren Besoldungsgruppen eine Steigerung von insgesamt 65 v. H., in den mittleren Gruppen von 24 v. H. und in den höheren Gruppen von 10,4 v. H. Seit 1913 beträgt die Steigerung in den unteren Gruppen 32, in den mittleren Gruppen 6 v. H. In den höheren Besoldungsgruppen ist seit 1913 eine Verminderung um 1 v. H. eingetreten.

---

## Das Wetter

Ueber Südwesteuropa liegt zwar noch Hochdruck, aber Flachdruckstörungen, die als Ausläufer des bei Island befindlichen Luftwirbels nach Süddeutschland hereinragen, lassen für Freitag und Samstag mehrfach bedecktes, naßkaltes Wetter erwarten.

## Deutscher Reichstag

### Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

**Berlin**, 3. Februar.

Schluß des Berichts. Abg. Dittmann (Soz.) führt Beschwerde über die Lastenverteilung für die Sozialversicherung. Die Einwände der Arbeitgeber könnten nicht mehr gelten, nachdem die Regierung der Schwerindustrie unter Mißachtung von Gesetz und Verfassung ein Geschenk von 700 Millionen in den Schoß geworfen habe. Der Redner fragt den Minister, ob es richtig sei, daß die Schlichtungsstellen angewiesen wurden, bei ihren Schiedssprüchen die Löhne und Gehälter recht niedrig zu halten im Interesse der Währung. Redner verlangt den Achtstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter; für die Bergarbeiter unter Tage und die Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben eine noch kürzere Arbeitszeit. Sonst würden die Gewerkschaften den Volksentscheid über den Achtstundentag herbeiführen.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dem.): Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Versuchen der letzten fünf Jahre sei kein Segen gestiftet worden. Von den Sozialdemokraten werde anscheinend der schädigende Einfluß der Dawes-Verpflichtungen auf die Sozialpolitik unterschätzt. Es sei eine Irreführung der Massen, wenn man ihnen verschweigt, daß sie einfach nicht mehr so gut laben können, wie vor dem Kriege. Das jetzige System der Erwerbslosenfürsorge lasse sich nicht aufrechterhalten. Die kleineren und mittleren Krankenkassen müssen erhalten werden. Die Leistungen der Unfallversicherungen bedürfen einer beträchtlichen Erhöhung. Die jetzigen Unfallrenten seien ganz unzureichend.

Abg. Stegerwald (Ztr.) verlangt Aufbesserung der Invalidenrenten und der Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Der großen Notlage der Kurzarbeiter müsse endlich abgeholfen werden. Mit dem schematischen Achtstundentag habe man das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sei der gegenwärtige Augenblick wenig geeignet. Besser wäre eine Vereinbarung zwi- den Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Verlängerung der Arbeitszeit dürfe nicht zur Dauereinrichtung werden. Arbeiter dürften nicht auf dem Umwege über die Verlängerung der Arbeitszeit zu Lohnsklaven des internationalen Großkapitals werden. Während die Preise der Zigarren heute gegenüber der Vorkriegszeit auf das 3—5fache gesteigert sind, betragen die Löhne der Zigarrenarbeiter teilweise weniger als vorher. Die Löhne der qualifizierten Arbeiter seien im Verhältnis zu den Gehältern der unteren Beamten sehr gesunken. Die Schäden des Ruhreinbruchs seien den Arbeitgebern ganz oder zum großen Teil ersetzt worden. Die Arbeiter und Angestellten hätten jedoch nichts davon bekommen. Wir fordern die gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Körperschaften, in denen die Arbeitgeber vertreten sind.

Abg. Thiel (DVp.): Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten mehr als bisher sich bemühen, ohne Inanspruchnahme der Schlichtungsämter durch freie Vereinbarungen zur Verständigung zu kommen. Redner empfiehlt einen Antrag des Ausschusses auf Veranstaltung einer Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten. Mit dem Hinweis auf die 700 Millionen für die Ruhrindustrie wollten die Sozialdemokraten offenbar ihre Aufmerksamkeit von anderen Finanzskandalen ablenken. Bei der Regelung dieser Angelegenheit sollten aber auch die Arbeitnehmerorganisationen im Ruhrgebiet zur Verhandlung herangezogen werden. Die Arbeitsgerichte müßten in die ordentliche Gerichtsbarkeit eingebaut werden. Im Wohnungswesen müßten die Mieten so erhöht werden, daß wieder Interesse für den Bau neuer Wohnungen geweckt werde.

Abg. Schütz (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Die Millionen-Liebesgabe des Reichs an die Zechenbarone verdiene die schärfste Verurteilung. Die sozialdemokratischen Minister Hilferding und Sollmann hätten seinerzeit diesem Plan Stresemanns zugestimmt.

**Berlin**, 4. Februar.

Die 14. Sitzung wird um 3.20 Uhr eröffnet.

Das Abkommen mit Polen über die Benutzung von Baulichkeiten im Werke Kurzebrack im Kreise Marienwerder durch Polen wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Abg. Schultz-Bromberg (DN.) kündigt für die 3. Lesung scharfe Beschwerden gegen die Polen an. Die polnische Grenzbesatzung gehe in unerhörter Weise ohne Recht und

---

# Der Karnickelbaron

58] Humoristischer Roman von Fritz Ganzer

Sie blickte in herzlicher Hingabe zu ihm auf. Und aus ihren Augen tranken die seinen das, was noch nötig war, um den letzten Rest zagen Zweifels aus seiner Seele entfliehen zu lassen. Er wußte jetzt: sie war und ist mein!

Und als er sie an den Händen faßte und glücksjubelnd fragte: „So will das Mündel trotz allem mein eigen sein und mir angehören für ein ganzes Leben? Ja, du, meine Renate?" neigte sie sich ihm zu und entgegnete: „Warum fragst du noch, Georg! Ja, ja, tausendmal ja, du Böser, Lieber!" ....

Daß der Herr Amtsrichter Georg Eberty darnach Fräulein Renate Brandt mit einem herzhaften Kusse bedachte, den sie sich ohne Sträuben gefallen ließ und mit einem nicht minder herzhaften erwiderte, braucht wohl kaum noch hinzugefügt zu werden. Und daß es schließlich ihrer mehrere wurden, wird man für wahrscheinlich halten dürfen. Gezählt hat sie sicher niemand. Höchstens könnte ihre Zahl die alte, schirmende Buche, unter der beide im langen Versunkensein standen, verraten. Aber da sie das nicht kann, wird dem verehrte Leser nichts anderes übrig bleiben, als sich, je nach seinem Bedürfnis, die Menge der Küsse vorzustellen.

Schließlich ändert die Verschiedenheit der Vorstellungen an der Tatsache nichts, daß Renate Brandt und Georg Eberty zwei Glückliche waren.

* * *

Das Glück stand Eberty klar und gewiß in den Augen, als er nach einstündiger Wanderung über sonnenflimmerndes Feld und durch harzduftenden Kiefernwald mit bestaubten Füßen kurz vor Mittag Bütenhagen wieder erreichte. Auf halbem Wege war ihm Jochen Düffelmann mit leerem Wagen begegnet. Der Notar war also gewiß nicht zu Hause gewesen. Eberty konnte das nur vermuten. Denn eine diesbezügliche Frage an Düffelmann war von diesem mit einem unnachahmlich hochmütigen Schulterzucken und einem nicht minder hochmütigen Lächeln, von einem erhabenen Zurückwerfen des Kopfes begleitet, abgetan worden. Jochen Düffelmann wußte eben, was er sich als Krachtwitzer Kutscher schuldig war. Schließlich hätte man ja auch das Ansinnen stellen können, den Wagen zu wenden, um dem neugierigen Frager die Unannehmlichkeit einer weiteren Fußwanderung zu ersparen. Na und man hatte doch laut des gnä'en Herrns weiser Aeußerung kein „Vergnügungsfuhrinstitut"!

Da man von der Liebe nicht satt wird, und wäre sie noch so süß eben erst gekostet, empfand auch der Amtsrichter rechtschaffenen Hunger. Er suchte deshalb gleich den „Goldenen Engel" auf, um nach aller Poesie, die er im Krachtwitzer Park genossen, des Lebens nüchternste Prosa an Kreyenbühls Mittagstisch als erwünschtes und durchaus nötiges Gegenstück zu erleben.

Er kam nicht als der erste. Im Eßzimmer saßen schon Hauptmann von Kattenbusch und Kurt von Gronau und tauschten, jeder einen Brief in den Händen haltend, lebhaft und laut sprechend, Rede und Gegenrede.

„Aus dem Zimt werde doch eine französische Sau klug!" schrie der Hauptmann gerade, als Eberty eintrat, und warf den Brief vor sich auf den Tisch.

„Oder eine hinterindische Klapperschlange," fügte Gronau geistreich hinzu. „Der Kerl ist verrückt!"

Blödsinnig verrückt!" steigerte Kattenbusch mit Verve und unter Aufwand höchstmöglichster Lungenkraft.

„Wer denn, wenn ich fragen darf?" erkundigte sich Eberty, zu den beiden Erregten tretend.

Der Assessor reichte ihm die Einladung des Krachtwitzers zur Jagd hin. Und als Eberty kopfschüttelnd und leise lächelnd gelesen hatte, fragte Gronau: „Was sagen Sie dazu, Herr Amtsrichter? Können Sie sich vor allen Dingen die an Hieroglyphen gemahnende Abkürzung am Schluß erklären?"

„Eu. B. w. i. sch.?" buchstabierte Eberty langsam, die Stirn krausend. „Hm, merkwürdig! Warten Sie mal! Vielleicht Eure Beine will ich... aber das sch?"

„Schmieren!" schrie Kattenbusch.

„Möglich, Herr Hauptmann," begutachtete Eberty. „Sie verleugnen doch nie den alten Soldaten."

„Ja, wir wußten auch, als wir Anno 70 an der Loire kämpften, oft genug schmieren," strahlte Kattenbusch, über das Lob erfreut. „Wir hatten manchmal mehr Talg in den Stiebeln als im Magen. War auch nötig. Die Stärke einer Fußtruppe liegt in heilen Tretmaschinen."

Gronau schien über die kriegstechnische Abschweifung nicht sehr erbaut. Er saß, verbissen lächelnd, über seine Jagdeinladung gebeugt und sagte, als der Hauptmann kaum zu Ende war: „Jedenfalls kann es alles mögliche heißen: Eu, meinetwegen Eule oder Eunuche, B. Braut oder Branntwein und so weiter. Was weiß ich! Ohne Frage steckt hinter der ganzen Geschichte eine Fülle von Hinterlist, und es fällt mir gar nicht ein, mich einem Reinfall auszusetzen."

„Mir auch nicht," erklärte Kattenbusch.

„Sie sehen zu schwarz meine Herren," beruhigte Eberty. „Herr von Lessenthin hat sich mit der Abkürzung einen kleinen Scherz erlaubt, der gewiß harmlosester Natur ist."

„Na, na!" bezweifelte Gronau. „Das Ganze riecht brenzlich, Herr Amtsrichter. Hören Sie nur: Rendezvousplatz: Galgenenden. Diese Ortsangabe allein spricht schon Bände. Dann feierlicher Empfang auf Krachtwitz, Solovergnügen nach Wahl. Schließlich: Festessen mit diversen Ueberraschungen. Er mag nette Ueberraschungen vorbereitet haben. Ich danke!"

„Gerade diese angekündigten Ueberraschungen würden mich reizen, Herr Kollege," meinte Eberty vieldeutig. „Eine kenne ich bereits. Wir sprechen wohl nachher noch darüber. Da kommt Mutter Kreyenbühl mit der Suppe."

Frau Johanne trug sie mit verweinten Augen auf, und Gronau erkundigte sich sofort nach dem Grunde ihres Kummers. „Gibt's was Zwiebliges heut oder ist dem Gestrengen der Bauch neu gequetscht?"

„Ach, Herr Assessor!" wehklagte die Engelwirtin und schwappte vor Aufregung etwas Suppe über, als sie Gronau den Teller hinstellte. „Es ist schrecklich mit dem Mann. Er will immer noch nicht, daß der Ernst Kublickens Marie heiratet."

„Es geht anderen Leuten in dieser Beziehung nicht besser als Ihrem Ernst, liebe Frau Kreyenbühl," lachte Gronau. „Und Ihr Alter hat ganz in der Nähe einen würdigen Gesinnungsgenossen. Aber ich denke, gestern war er schon so halb und halb bekehrt, und Ernst hat bereits den Schneider zum Maßnehmen für den Hochzeitsrock bestellt?"

„Na ja, er war gestern nicht ganz und gar bockbeinig und redete so, als wenn er's wollte. Aber heute! Die kommt mir nicht ins Haus! Und: Daraus wird nichts! So geht's immer zu. Es is nich mehr zum Aushalten, meine Herren!"

Eberty dachte an sein junges Glück. Er klopfte der betrübten Engelwirtin gutmütig die Schulter und sagte: „Vielleicht ist da durch Vermittlung etwas zu machen, Mutter Kreyenbühl. Ich werde mal dem grausamen Vater etwas ins Gewissen reden."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

aus reiner Willkür gegen die friedliche deutsche Bevölkerung vor, wenn sie sie treffe, schleppe sie ins Gefängnis und erschieße sie sogar. Dieses Abkommen sei das Schlußglied einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Weichselgrenze, in der entgegen einem feierlichen Abkommen Ostpreußen der freie Zugang zur Weichsel genommen werde.

Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche Anträge über die Arbeitszeit.

Abg. Schneider (Dem.) bemängelt die viele überflüssige Schreibarbeit in den Ministerien. Die Flaggen der Vorkriegszeit müssen beseitigt werden. Die Arbeitslosenversicherung müsse endlich fertiggestellt werden.

Auf Antrag der Parteien werden noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, die Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Drewitz (Wirtschaftl. Vgg.) schildert die schwere wirtschaftliche Notlage des Mittelstandes und fordert nachdrücklich Hilfe für Gewerbe und Handel. Die Lehrlinge müssen zunächst erzogen werden. Das ganze heutige Elend sei auf eine verkehrte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Arbeitgeber im Kleinhandel und Gewerbe wehren sich gegen Ueberspannung der Soizialpolitik.

Abg. Schwarzer (Bayer.Vp.) dankt der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen. Dadurch sei die Befürchtung eines Rückwärtskurses in der Sozialpolitik beseitigt worden. Auch das Verbleiben des Arbeitsministers auf seinem Posten sei eine Gewähr für eine verständige Fortentwicklung der sozialen Interessen.

## Württemberg

**Stuttgart**, 4. Febr. Die Akademie der bildenden Künste zählt im Winterhalbjahr 167 Studierende, 153 Maler und 14 Bildhauer.

**Ein gefährlicher Unfug.** Recht bedenklich ist ein Unfug, der gegenwärtig landauf, landab getrieben wird. Das religiöse Sektenwesen sucht sich auch auf dem flachen Land seine Opfer. Es werden große Mengen verwirrender Flugschriften verbreitet. In etwas größeren Orten werden unter allerhand bald geheimnisvollen, bald religiös sein sollenden, anreizenden Schlagworten Vorträge und Versammlungen veranstaltet, in denen dann ein heilloses Zeug dahergeschwätzt wird, das aber wegen seiner geschickten Verbrämung mit von Gottesgläubigkeit und Christentum triefenden Worten leider nicht bei allen Zuhörern der verdienten Abrechnung anheimfällt, sondern da und dort Opfer findet, mindestens aber bedauernswerte Menschen seelisch verwirrt.

**Vom Tage.** In einem Haus des Kanonenwegs hat sich eine 76jährige Frau mit Leuchtgas vergiftet.

### Aus dem Lande

**Steinbach**, OA. Eßlingen, 4. Febr. Hohes Alter. Daß ein hohes Alter häufig bei dürftigen Verhältnissen und den bescheidensten Ansprüchen erreicht wird, dafür haben wir hier lebende Zeugen. Unser Ort weist eine Reihe Witwen auf, die unter Entbehrungen und Mühsalen aller Art ein Alter von 80, 85, 89 und 90 Jahren erreichten. Eine alte, ledige Person, die von ihren spärlich gesammelten Almosen lebt, steht bereits im Alter von 88 Jahren.

**Tübingen**, 4. Febr. Von der Universität. Professor Dr. Baur von der katholisch-theologischen Fakultät hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Philosophie an die Universität Breslau angenommen. Professor Baur ist auch Mitglied des Landtags und dürfte aus diesem jetzt ausscheiden.

**Versuchter Totschlag.** Das Schwurgericht hat den 22 J. a. Schuhmacher und Packer Alfred Metzger von Reutlingen wegen versuchten Totschlags, Sachbeschädigung und unerlaubten Waffenbesitzes zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Metzger hatte nach vorausgegangenen Streitigkeiten auf die Hausbesitzersfrau Heinzmann einen Schuß abgefeuert. Der Schuß traf die Frau am linken Ohr. Nach der Tat flüchtete Heinzmann, wurde aber nach heftigem Widerstand, wobei er noch einen Schuß abgab, verhaftet. Metzger muß ferner an die Familie Heinzmann eine Buße von 320 ℳ bezahlen.

**Schramberg**, 4. Febr. Auflösung eines Konsumvereins. Die ordentliche Generalversammlung der Verbrauchergenossenschaft Schramberg und Umgebung beschloß mit Stimmenmehrheit die Auflösung der Genossenschaft auf 31. Januar 1925.

**Gmünd**, 4. Febr. Selbstmord. Der im 24. Lebensjahr stehende, aus Ebingen gebürtige Oberschütze Kreuz des Ausbildungs-Bataillons hat sich in einem Anfall von Schwermut erschossen.

**Amlishagen**, OA. Gerabronn, 4. Febr. Zwei Kinder vermißt. Seit Freitag abend fehlen zwei Kinder der Arbeiterfamilie Trumpp. Es handelt sich um ein Mädchen mit 12 Jahren und einen Knaben mit 8 Jahren, die abends zwischen 9 und 10 Uhr zum Milchholen weggeschickt wurden, aber nicht mehr zurückkehrten.

**Heidenheim**, 4. Febr. Landwirtschaftliche Winterschule. In einer Sitzung hat der Gesamtausschuß des Landw. Bezirksvereins zu dem Plan der Errichtung einer landw. Winterschule in Heidenheim Stellung genommen. Der Bezirksverein hofft jetzt auf baldige Verwirklichung des Planes. Für die Schule wäre ein Neubau notwendig, die Einrichtung müßte die Amtskörperschaft tragen, den Aufwand für die Lehrkräfte der Staat.

**Heidenheim**, 4. Febr. Entladung. Ueberfall. Im Laboratorium der Württ. Kattunmanufaktur hat sich durch Selbstentzündung eine Entladung ereignet, wodurch verschiedene Personen verletzt wurden, die teilweise ins Krankenhaus gebracht werden mußten. — Auf der Straße Itzelberg—Schnaitheim überfielen zwei Burschen den Küfer Widmann vom Weiler Aufhausen und verlangten ihm sein Geld ab. Da er keines bei sich trug, schlugen sie ihn zu Boden und ergriffen die Flucht.

**Aulendorf**, 4. Febr. Hunde im Schafpferch. Der Schafhalter Becherer brachte abends eine Schafherde nach Laubbronnen. Andern Tag drangen Hunde in den Pferch und trieben die Schafherde nach allen Richtungen auseinander. Mit vieler Mühe gelang es, die Schafe wieder einzufangen. Ein Schaf wurde zerrissen aufgefunden, drei weitere Schafe fehlen noch.

**Hechingen**, 4. Febr. Wasserversorgung. In trockenen Zeiten leidet Hechingen unter Wassermangel. Die Gemeindevertretung hat deshalb beschlossen, die Vergrößerung des Hochbehälters bei Maria Zell in nächster Zeit durchzuführen. Wegen Erwerbung einer weiteren Quelle, des sogenannten „Schwarzen Brunnen" im Weilertal auf Markung Hausen i. K. schweben mit der Gemeinde Hausen Verhandlungen.

### Württembergischer Landtag

**Stuttgart**, 3. Febr. Im Landtag wurde heute nachmittag nach Beantwortung von zwei Kleinen Anfragen das Gesetz über Bürgschaft des Württ. Staats für die Städteanleihe in 3. Lesung angenommen und sodann die Beratungen über den Haushalt fortgesetzt. Abg. Wider (B.P.) billigte die Haltung des Arbeitsministeriums in den Fragen der Sozialpolitik, wünschte die Zusammenfassung der Berufsstände zum Zweck größerer Freiheit und Selbstverwaltung, den Abbau des Ernährungs- und Arbeitsministeriums, Schutz des Inlandsmarkts vor der Auslandskonkurrenz, sowie Förderung der Kapitalansammlung, ferner bessere Wahrung der Rechte Württembergs bei der Reichsbahngesellschaft, Aufwertung der Ansprüche Württembergs für Ueberlassung von Bahn und Post durch das Reich und die Errichtung von elektrischen Schnellbahnen im Württ. Industriegebiet.

Abg. Mauthe (Dem.) forderte, daß an die Stelle des Arbeitsministeriums eine der Wirtschaft in vollem Maß dienende Zentrale trete. Er brachte ferner eine Reihe von Wünschen der Schwarzwälder Industrie vor.

Staatspräsident Bazille rechtfertigte seine Haltung zum spanischen Handelsvertrag und betonte, daß sich die wirtschaftspolitische Auffassung der württ. Regierung mit der des Reichs decke. Sie habe nichts getan, was gegen die Grundsätze der Gleichheit verstoße.

Abg. Dr. Schermann (Ztr.) bemängelte scharf die schlechte Bahnverbindungen im Oberland und die Zulagen der Eisenbahn. Was die Beamten in den höheren Gruppen an Prämien bekamen, wurden nicht bekannt, denn sie erhielten einen eingeschriebenen Brief mit einem Scheck und mit der Verpflichtung der Geheimhaltung. Der Redner wünschte ferner eine Zwischenentschädigung für die Auslandsdeutschen.

Abg. Hartmann (D.V.) wandte sich gegen das Zulagensystem der Reichsbahn, das zu einer Günstlingswirtschaft und Bestechlichkeit führe.

Abg. Gengler (Ztr.) sprach ausführlich über Arbeiterlöhne.

*

Dem Vernehmen nach soll morgen im Landtag eine Doppelsitzung stattfinden. Es soll dadurch ermöglicht werden, den Arbeitsplan des Landtags durchzuführen und dem Redebedürfnis der Abgeordneten Rechnung zu tragen.

## Baden

**Karlsruhe** 4. Febr. Bis Mitte dieses Jahrs wird im hiesigen Rheinhafen auf einem Platz von 5000 Quadratmetern eine große, neuzeitliche Kreidemühle und Kittfabrik erstellt werden. Inhaber der Firma ist Fabrikant Ludwig Peppler.

**Pforzheim**, 4. Febr. Der geschiedene Goldschmied Otto Holzinger aus Pforzheim erhielt wegen Diebstahls im Rückfall 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus. Sein Gefährte, der ledige Schlosser Rumpl aus Hannover kam mit einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren davon. Wegen gleichen Verbrechens muß der vorbestrafte ledige Maschinenarbeiter Jakob Pfrommer aus Zavelstein 1 Jahr 3 Monate ins Gefängnis wandern. Fortgesetzter Betrug und Unterschlagung brachten den Provisionsreisenden Konrad Koch aus Gündringen auf 8 Monate und 2 Wochen ins Gefängnis.

**Heidelberg**, 4. Febr. Hier fand letzter Tage eine überaus stark besuchte Versammlung der Fortbildungsschullehrer und Fortbildungsschullehrerinnen Nordbadens statt.

**Heidelberg**, 4. Febr. Wegen Entfernung einer roten und der Reichsfahne am Heidelberger Gewerkschaftshaus hatten sich die Studenten Wilhelm Eckert aus Mannheim und Liberatus Binswanger aus München vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte Eckert und Binswanger zu je 200 ℳ Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis.

**Schwetzingen**, 4. Febr. Die zwischen den Ortsausschüssen Schwetzingen und Hockenheim der ADGB. den Gastwirten und den Brauereien eingeleiteten Verhandlungen über eine Herabsetzung des Bierpreises sind ergebnislos verlaufen. Wie aus Mannheim gemeldet wird, beschäftigte sich dort ebenfalls der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Bierpreisfrage; es wurde dabei gegen die Bierpreise Stellung genommen.

**Haslach** i. K., 4. Febr. Im Hinterhaus der Wirtschaft von F. Schättgen war am Sonntag abend Feuer ausgebrochen. Ein Teil des Gebäudes wurde vernichtet. Die Entstehungsursache des Brands ist unbekannt.

**Konstanz**, 4. Febr. Die Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G Oberbaden wird in Konstanz 65 Wohnungen erstellen und zwar 20 Wohnungen zu zwei, 30 zu drei und 15 zu vier Zimmern. Privat sind 15 Neubauten vorgesehen, außerdem will der Spar- und Bauverein weitere Häuser errichten.

**Lörrach**, 4. Febr. Hier hat sich der Polizeiwachtmeister Köpfer erschossen. Die Ursache der Tat ist unbekannt.

**Rheinfelden**, 4. Febr. Infolge des niederen Wasserstands des Rheins unterhalb des Stauwehrs des Kraftwerks bei Rheinfelden ist das ganze eigentliche Strombett wasserleer. Dadurch ist nun die ganze Muschelkalkplatte des Rheinbetts aufgeschlossen. Zahlreiche Findlinge aus Schwarzwald-Urgestein und prachtvoll erhaltene Strudellöcher sind zu sehen. Im Muschelkalk sind 4—5 Meter tiefe Rinnen, die natürlich den Lachsen willkommen sind.

Der Bau des ersten Motorboots für die Strecke Basel—Rheinfelden geht rasch vorwärts und der Betrieb soll bis 15. April aufgenommen werden. Das Schiff gewährt Raum für 200 Personen und soll den Namen „Rheinfelden" führen.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**85. Geburtstag.** General der Infanterie z. D. Heinrich v. Treitschke, ein Vetter des berühmten Geschichtsforschers, feierte am 30. Januar in Dresden den 85. Geburtstag.

**Meister Gebhardt gestorben.** In Düsseldorf ist der bekannte Maler Professor Dr. Eduard von Gebhardt nach eintägiger Krankheit im Alter von 84 Jahren gestorben. Gebhardt gehörte dem Kreis der Künstler an, die ihren Bildern einen ausgesprochenen Charakter tiefsinniger Frömmigkeit und abgeklärter Ruhe aufzudrücken verstanden, wie Fritz v. Uhde, Steinhausen, Hans Thoma und Bauerle. Berühmt sind die schönen Wandbilder Gebhardts in der Friedenskirche in Düsseldorf (1895—1899), die Wandbilder in dem alten Hannoverschen Kloster Loccum, das „Abendmahl" u. a. Gebhardt war der Sohn eines esthländischen Pfarrers.

**Die teuerste Stadt.** Nach der Reichsmeßzahl für die Lebenshaltungskosten im Januar sind Konstanz und Saarbrücken die teuersten Städte mit 117,01 Prozent gewesen. Die niedrigste Zahl hat Güstrow in Mecklenburg mit 87,67 Prozent.

**Eine eigenartige Lotterie.** In Paolazola bei Bergamo fand man in der Ecke des Marktplatzes ein großes Paket, in dem ein neugeborenes Kind eingewickelt war. Binnen einer Stunde meldeten sich acht kinderlose Ehepaare, die den Findling an Kindesstatt annehmen wollten. Der Bürgermeister veranstaltete eine Lotterie, deren Hauptgewinn der Findling sein sollte. Die Lose waren rasch verkauft und der Ertrag der Lotterie wurde nebst dem Hauptgewinn dem glücklichen Gewinner, einem angesehenen Bürger des Städtchens, als Grundstock für ein künftiges Vermögen des Findlings ausgehändigt.

**Das „Kulturvoll".** Wo Franzosen auch nur kurze Zeit gehaust haben, bleibt ein schmutziger Stall zurück. Die Hilda-Schule in Mannheim, die während der französischen Besetzung des sog. alten Mannheimer Hafengebiets vom März 1923 bis Oktober 1924 als Kaserne beschlagnahmt war, ist so verunreinigt und beschädigt, daß 84 000 ℳ nötig sind, um die Spuren des großen Kulturvolks zu beseitigen.

**Große Kälte in Nordamerika.** Infolge der großen Kälte der letzten Tage ist der Hafen von Neuyork eingefroren, was seit 35 Jahren nicht mehr der Fall war. Eine große Anzahl von Eisbrechern ist an der Arbeit, um den Hafen wieder eisfrei zu machen, doch ist dies bis jetzt nur in ganz kleinem Umfang gelungen.

**Zahlreiche Menschen erfroren.** Aus Transkaukasien wird gemeldet, daß dort seit Anfang Januar eine Kälte von 37 bis 40 Grad herrscht. Zahlreiche Menschen und Tiere sind erfroren. Im ganzen Kaukasus liegt Schnee in außerordentlicher Höhe. Wölfe und Schakale kommen sogar bis in die Umgebung von Baku und fressen Leichen erfrorener Menschen und Tiere auf. Eine derart niedrige Temperatur ist im Kaukasus seit mehr als 100 Jahren nicht vorgekommen.

**Not in Irland.** Die Regierung des Freistaats Irland veröffentlichte einen Bericht über die schwere Nahrungsnot und Teuerung, von der ein großer Teil Irlands bedroht ist. Der irische Bauer lebt fast ausschließlich von Kartoffeln, Schmalz und Butter. Der regnerische Sommer hat nun die Gewinnung von Torf, des einzigen verwendbaren Feuerungsmaterials, behindert und außerdem die Kartoffelernte zum Teil vernichtet. Das Elend droht die Notlage von 1879, die noch in furchtbarem Andenken steht, zu übertreffen.

**Brand.** In Altona bei Hamburg ist die große Futtermittelfabrik von Hamelmann niedergebrannt.

**Verlorenes Schiff.** Der seit 15. Januar vermißte französische Reisedampfer „Saigon" gilt als verloren. Er hatte 133 Personen an Bord.

**Messerstecherei.** In Berlin-Neukölln wurde der Polizeioberleutnant Sommer, der in einem nächtlichen Straßenstreit schlichten wollte, von dem 48jährigen Krauß durch zwei Messerstiche schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet.

**Diebstahl.** In einem Goldwarengeschäft in Braunschweig wurden durch Einbrecher 160 goldene und silberne Taschenuhren, sowie eine größere Anzahl sonstiger Gold- und Silbersachen gestohlen.

Der wegen Münzendiebstahl im Staatlichen Münzkabinett in Weimar verhaftete Rittmeister a. D. Bethe aus Erfurt hat sich im Untersuchungsgefängnis aus dem Fenster gestürzt. Er war sofort tot.

**Japanische Geschäftsordnung im Parlament.** Im japanischen Abgeordnetenhaus entstand dieser Tage in einer Sitzung großer Lärm. Als einer der lärmenden Abgeordneten der Opposition den Anordnungen des Präsidenten, den Saal zu verlassen, nicht Folge leistete, wurde er von anderen Abgeordneten so geschlagen, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Drei andere wurden schwerverletzt weggetragen.

**Aufstand in Honduras.** Nach einer Meldung aus Honduras (Mittelamerika) ist im Süden der Republik Honduras ein Aufstand ausgebrochen, dessen Führer der General Ferrera ist. Die Aufständischen haben die Stadt Nacaone eingenommen.

### Sende-Folge der Südd. Rundfunk A.-G., Stuttgart

**Samstag**, 7. Febr.: 4—6 Uhr: Kinder-Nachmittag (Sagen, Märchen, Fabeln erzählt vom Grete von Strümpfelbach, Sprecher Georg Ott, außerdem Rundfunkorchester); 7.30—8 Uhr: Vortrag Major Palmer über „Flugsport"; 8—9 Uhr: Kammerkonzert (Josef Rösner, Sopran, Arthur Hagen, Klavier, H. Knoff, Violine, Dr. Böttcher, Cello, Max Heye); 9.15—11 Uhr: Funk-Kabarett (Rundfunkorchester, Max Heye, Zithervorträge von Heinz Mönch, Gerda Hanft).

**Sonntag**, 8. Febr.: 11.30—12.30 Uhr: Literarisch-musikalische Morgenfeier (Paula Guibrod-Riester-Pforzheim, Klavier, Fri. Ortlieb-Tübingen, Violine, dazwischen Rezitation von Georg Ott); 4 Uhr: Zeitansage; 4—6 Uhr: Nachmittagskonzert (Rundfunkorchester, Elise Keller, Sopran, Sprecher: Georg Ott; 8—9 Uhr: Konzert des Zithervereins Eßlingen, dazwischen Rezitationen von Max Heye); 9.15—11 Uhr: Nachtkonzert (Rundfunkorchester, Max Heye, Gerda Hanft); 11—12 Uhr: Tanzmusik.

**Täglich** (sofern nicht anders vermerkt): 7.30 Uhr: Zeitansage, Wetterbericht; 9.15 Uhr: Zeitansage; 11 Uhr: Wetterbericht, Neueste Nachrichten.

## Handelsnachrichten

**Dollarkurs Berlin**, 4. Febr. 4.205 Mk. Neuyork 1 Dollar 4.20. London 1 Pfd. St. 20.10. Amsterdam 1 Gulden 1.693. Zürich 1 Franken 0.811 Mk.

Dollarschatzscheine 90.

Kriegsanleihe 0.775.

Franz. Franken 88.50 zu 1 Pfd. St., 18.50 zu 1 Dollar.

**Ein Barmat-Werk.** Wie es in dem „Barmat-Konzern" zuging, zeigte die Hauptversammlung der „Deutschen Margarine- und Speisefett-Fabriken" in Berlin-Spandau. Dieses Barmat-Werk hat 6 Direktoren, 160 Angestellte und 170 Arbeiter. Bei einer Tageserzeugung von 200 Zentner Margarine ergab sich ein täglicher Verlust von 3000 Mark, es wurde aber ruhig fortgewurstelt, die Staatsbank, Reichsbank, Reichspost usw. gaben ja das Geld dazu. Das Werk war ein reines Versorgungsinstitut für die Günstlinge und Freunde Barmats.

**Die wilde Spekulation in Weizen** auf dem Weltgetreidemarkt hat sich auf den Getreidemarkt von Kalkutta ausgedehnt. Während im letzten Jahr aus ganz Indien nur 627 Tonnen Weizen ausgeführt worden waren, sind im Monat Dezember nach England allein mehr als 70 000 Tonnen ausgeführt worden. In Kalkutta haben die Umsätze eine bisher nie gekannte Höhe erreicht.

*

**Stuttgarter Börse**, 4. Febr. Das Geschäft bewegte sich heute in sehr ruhigen Bahnen. Da keinerlei Anregungen vorlagen, kamen nennenswerte Kursveränderungen nicht vor. Die Stimmung war im allgemeinen behauptet. Auch am Rentenmarkt lag Neues nicht vor. 5proz. Reichsanleihe 0.775—0.78. Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

**Berliner Getreidepreise**, 4. Febr. Weizen märk. 24.80—25.20, Roggen 24.70—25, Wintergerste 25.50, Sommergerste 27.50, Hafer 18.70—19.50, Weizenmehl 35.50—37.25, Roggenmehl 34.75 bis 36.75, Weizenkleie 16.80, Roggenkleie 16.50—16.80, Raps 400, Leinsaat 410—415.

### Märkte

**Crailsheim**, 4. Febr. Pferdemarkt. Zufuhr: 2 Hengste, 95 Wallachen, 46 Stuten und 2 Fohlen, zusammen 145 Pferde. Wegen der hohen Preise ging der Handel anfangs lau, später aber besserte sich das Geschäft und wurde ein guter Umsatz erzielt. Für schöne Tiere wurden bis 1500 ℳ bezahlt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

**Schweinepreise.** Backnang. Milchschweine 28, Läufer 60. — Kirchheim u. T. Milchschweine 20—35, Läufer 50—80. — Lauingen. Saugschweine 15—30, Läufer 40—75. — Nördlingen. Saugschweine 20—30, Läufer 40—60. — Niederstetten. Saugschweine 25—35 M, je das Stück.

**Fruchtpreise.** Aalen: Roggen 13—14, Gerste 15, Haber 9.20 bis 11.50 M. — Lauingen: Weizen 13.50—14.20, Roggen 13.50, Gerste 15,50—17,50, Haber 8,50—10,80 M. — Ebingen: Haber 9,80—10, Weizen 13,50—14 M. — Heidenheim: Weizen 13, Gerste 14,50, Haber 9—9,50, Roggen 12,40 M je der Zentner.

**Vom württ. Rundholzmarkt.** Der Verkaufstermin des Waldbesitzerverbandes am 29. Januar zeitigte folgende Ergebnisse: 1. Nadelstammholz: 1. Höfen a. E., Gemeinde 121 Fm. 127—145 %; 2. Heimsheim, Stadt 180 Fm. 138,7—141,3 %; 3. Berneck, Freih. Rentamt 154 Fm. 141—144 %; 4. Berneck, Stadt 125 Fm. 128—136 %; 5. Obernheim, Gemeinde 636 Fm. 119,5 %; 6. Schömberg, Stadt 255 Fm. 126—132 %; 7. Balingen, Stadt 305 Fm. 126—128 %. — 2. Papierholz: Hohenstadt, Gräfl. Forstverwaltung 112 Rm. 1.—3. Kl. unentr. zu 157 %.

In Mergentheim kamen Buchenscheiter auf 22.45 M, Buchenprügel auf 19 M je Rm., in Tübingen buchene Prügel auf 19—23 M, buchene Scheiter auf 22—27 M pro Meter, eichene Prügel auf 13—17 M, in Genkingen buchene Scheiter 17 bis 18 M, buchene Prügel 15—17 M.

**Devisenkurse in Billionen**

| Berlin | | 3. Februar Geld | 3. Februar Brief | 4. Februar Geld | 4. Februar Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland | 100 Gulden | 169,06 | 169,48 | 169,04 | 169,46 |
| Belgien | 100 Fr. | 21.65 | 21,71 | 21.68 | 21.74 |
| Norwegen | 100 Kr. | 64,12 | 64,28 | 64,19 | 64,35 |
| Dänemark | 100 Kr. | 74,91 | 75,09 | 74,93 | 75.11 |
| Schweden | 100 Kr. | 113,02 | 113,30 | 113,02 | 113,30 |
| Italien | 100 Lira | 17.43 | 17,47 | 17,43 | 17,47 |
| London | 1 Pfd. Sterl. | 20,093 | 20,143 | 20,092 | 20.142 |
| Neuyork | 1 Dollar | 4,195 | 4.205 | 4,195 | 4,205 |
| Paris | 100 Fr. | 22,68 | 22.74 | 22,70 | 22,76 |
| Schweiz | 100 Fr. | 80,97 | 81,17 | 80.97 | 81.17 |
| Spanien | 100 Peseta | 59,93 | 60,07 | 59,97 | 60.13 |
| D.-Oester. | 100 000 Kr. | 5,91 | 5,93 | 5,908 | 5,928 |

# Lokales.

Wildbad, 5. Febr. 1925.

**Elternabend der Ev. Volksschule.** Eine stattliche Zahl Frauen und Männer hatten sich am Montag abend, der Einladung der Ev. Volksschule folgend, im Zeichensaal der Wilhelmschule zu einem Elternabend versammelt. Nach einigen kurzen Worten der Begrüßung erläuterte Herr Rektor Fromm Sinn und Zweck dieser Abende, die eine regelmäßige Erscheinung im Leben der ev. Schulgemeinde bleiben soll. Dabei führte er ungefähr folgendes aus: „Das Band zwischen Schule und Elternhaus muß zum Segen unserer Jugend ein viel innigeres werden, als es heute ist. Schulfragen sind öffentliche Fragen und den Eltern kann es nicht gleichgültig sein, was in der Schule mit ihren Kindern getrieben wird. Eine Schule ist keine Fabrik, die hinter verschlossenen Türen Fabrikationsgeheimnisse zu verbergen hat, sondern eine Schule, die ihren Zweck erreichen will, muß Türen und Fenster weit aufmachen, damit der alles belebende Pulsschlag des Lebens in jedem Klassenzimmer gespürt wird. Und die Eltern, die sich der Wichtigkeit einer guten Erziehung ihrer Kinder bewußt sind, müssen von sich aus Gelegenheit suchen, sich mit den Erziehern von Beruf über die Fragen auszusprechen, die Einheitlichkeit in der Erziehung und individuelle Behandlung jedes Jugendlichen überhaupt erst ermöglichen. Das ist ein Zweck dieser Abende. Ein weiterer ist der, daß Elternabende Stunden der Besinnung über die überaus schwierigen Fragen der Erziehung sind und daneben sollen sie noch der Schule Gelegenheit geben, Wünsche und Anregungen Außenstehender zu erfahren." Im weiteren Verlauf seiner Rede über Elternhaus und Schule versuchte der Redner zunächst, in tiefgründiger und doch leicht faßlicher Weise den Hörern ein Bild des Menschen zu zeigen, den die deutsche Volksschule erziehen möchte und den er als das Ideal „des deutschen Menschen" bezeichnete. Das Ergebnis seiner Erörterungen über die Grenzen und Möglichkeiten der Familien- und der Schulerziehung war, daß angesichts der Tatsache, daß das Elternhaus als Erziehungsgemeinschaft eine große Zahl ihm eigener erziehlicher Werte schafft, man wohl dem Wunsche einer Reihe älterer und neuerer Pädagogen und Philosophen nicht zustimmen könne, welche die Elternerziehung ganz abschaffen und sie durch eine gemeinsame Anstaltserziehung aller Kinder ersetzen wollen. Weil aber andererseits dem Elternhaus auch Grenzen seiner erzieherischen Fähigkeiten gesetzt seien, so müsse hier eine gute Schulerziehung eingreifen. Deshalb sei unbedingt nötig ein Zusammenarbeiten von Elternhaus und Schule in den Fragen der Erziehung. Aber nicht nur Lehrer und Eltern seien für die gute Erziehung der Jugend verantwortlich. Jeder Erwachsene müsse sich der Verantwortung bewußt sein, daß er Mitträger der guten Sitte der Gemeinschaft sei, die ein gegenwärtig viel zu wenig gewürdigter Erziehungsfaktor sei. — Nach Schluß seines Vortrages machte dann Herr Rektor Fromm noch kurze Ausführungen über die neueingeführte Haushaltungsschule für die fortbildungsschulpflichtigen Mädchen und die neuzugründende Frauenarbeitsschule. — Ausgehend von den vom Redner besprochenen Ausführungen über die Unterrichtsziele und die Arbeitsweise der gegenwärtigen Volksschule kam zum Schluß Herr Hauptlehrer Pfau zu reden auf den gegenwärtigen Streit um die Frage der zukünftigen Lehrerbildung. Seine Anregung, dem Kultministerium gegenüber den Wunsch auszusprechen, es möge bei der Neuregulierung der Lehrerbildung in Württemberg mindestens der vom Kultministerium eingebrachte Vorschlag verwirklicht werden, fand die volle Zustimmung der Versammelten.

**Begräbnisverein.** Am Dienstag abend hielt der Begräbnisverein unter Leitung des Herrn Stadtpfarrer Fischer seine Generalversammlung ab. Von den über 800 Mitgliedern waren leider nur etwa 50 erschienen. Aus dem Rechenschaftsbericht möge folgendes mitgeteilt werden: Todesfälle von Vereinsmitgliedern waren es im vergangenen Jahr 43 (33 Erwachsene und 10 Kinder). Von den in Wildbad Verstorbenen waren zwei nicht beim Verein. An Sterbegeldern wurden 3135,50 M ausbezahlt; bei der Oberamtssparkasse sind als Kassenüberschuß 674 M angelegt. Die Statuten wurden einer Revision unterzogen und unter anderem beschlossen: Familienmitglieder, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt, müssen die selbständige Mitgliedschaft erwerben; ein Eintrittsgeld wird in diesem Falle nicht erhoben. Wer dem Verein beitreten will, muß sich über den Gesundheitszustand seiner Familie ausweisen und einer vierteljährlichen Wartezeit unterwerfen. Der Beitrag beträgt von heute an beim Tode eines Erwachsenen 20 ₰, bei Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 10 ₰. Als Entschädigung wird gewährt beim Tode eines Erwachsenen 100 M, bei Kindern bis zum zurückgelegten 6. Lebensjahr 35 M, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 40 M. Vor Ausbezahlung des Begräbnisgeldes muß dem Kassier das Mitgliedsbüchlein vorgelegt werden. Austritt aus dem Verein ist nur auf 1. Januar nach vorausgegangener vierteljährlicher Kündigung angängig. Nach auswärts verzogene Mitglieder können Angehörige des Vereins bleiben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, doch dürfen dem Verein keine Unkosten erwachsen. Mitglieder, welche nach erfolgter einmaliger schriftlicher Mahnung mit 5 Beiträgen im Rückstand sind, verlieren die Mitgliedschaft und jeglichen Anspruch auf das Begräbnisgeld. Die bisherigen Vorstandsmitglieder: Stadtpfarrer Fischer, Oberlehrer Walz, Fabrikaufseher Trippner, Gärtnerm. Schober und Cafétier Lindenberger wurden durch Akklamation wiedergewählt.

**Zum Kurvereinssekretär** an Stelle des von hier wegziehenden Herrn Eugen Brachhold wurde gestern Herr Bankbeamter Maier, Sohn des Herrn Oberrechnungsrats Maier hier, bestimmt.

---

**Ratgeber für die Invalidenversicherung.** Der durch seine sozialpolitischen Aufsätze bekannte Kontrollinspektor F. Quatmann zu Oldenburg i. O. hat, nachdem vor kurzem die Reichsversicherungsordnung in ihrer neuen Fassung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden ist, die 7. Auflage des der in Form von Fragen und Antworten volkstümlich gehaltenen Ratgebers für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — 43. bis 52. Tausend — erscheinen lassen. Das Werkchen ist vom Herausgeber und der Verlagsanstalt Ad. Littmann, Oldenburg i. O., zum Preise von 0.50 Reichsmark zu beziehen. Das uns **vorliegende Büchlein ist auf den Stand der jetzigen Gesetzgebung gebracht.** Es kann, da ähnliche laufend gehaltene Werke nicht vorliegen, das Erscheinen nur freudig begrüßt werden. Für Arbeitgeber und Versicherte ist das Werkchen kaum zu entbehren.

Die Herausgabe durch einen langjährigen Fachmann verbürgt die Richtigkeit und der Massenabsatz von 42000 Stück in 6 Auflagen die Brauchbarkeit und Beliebtheit des Büchleins. Wir können jedem, der als Beamter, Arbeitgeber oder Versicherter mit der Invalidenversicherung zu tun hat, die Anschaffung nur warm empfehlen.


**2 Bürgen**

*Dr. med. Brandau's* seit 40 Jahren millionenfach bewährter Liquor Antihidrorrhoicus

**für gesunde Füße!**

**O-so-warm**

**Fußpflege** (ges. gesch.)

beseitigt endgültig **kalte Füße,** sichert gegen die von kalten Füßen ausgehenden vielen **Krankheiten,** erhöht die Marschfähigkeit.

**Chasalla Stiefel**

Fertig nach Maß
Anatomisch richtig
Vollendet in Schönheit und Form

„Chasalla"-Schuh „O-so-warm"-Vertrieb:

Literatur W. 861 kostenlos

Verkaufsstelle in Wildbad:
**Wilhelm Treiber,** Ludwig-Seegerstr. 17.

**Ausnahme-Angebot in Schuhwaren.**

Um meinem Lager für die im Frühjahr neu hereinkommenden Waren Raum zu verschaffen, gewähre ich **vom 2. bis 15. Februar auf sämtliche Schuhwaren**

**10 Prozent Rabatt.**

**Restposten und zurückgesetzte Artikel weit unter Preis.**

Um geneigten Zuspruch bittet

**Schuhhaus Hermann Lutz.**

Ehepaar **sucht** auf 1. April oder später in Liebenzell oder Wildbad

**möbliertes Landhaus oder Villa**

**von 8—10 Zimmer** für **Pension geeignet,** eventuell mit Café zu

**mieten oder kaufen.**

Offerten unter **S. W. 303** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Emaillierter

**Herd,**

gut erhalten, mit Gasanschluß und Wärmeschrank, sowie einen **4flammigen, eisernen**

**Gasherd,**

einen fast noch neuen

**Dauerbrand-Ofen,**

und einen

**Spültisch**

(Terrazzogarnitur)

hat **zu verkaufen**

Architekt **Hutzenlaub,**
Graf Eberhardbau.

**Heuscheuer-Verkauf.**

Im Auftrag des Hotel Klumpp, G. m. b. H. hier, habe ich die soweit noch gut erhaltene

**Heuscheuer**

am unteren Eisee (beim Paulinenhof) **zu verkaufen.**

Angebote sind bis spätestens Samstag, den 7. ds. M., mittags 12 Uhr, auf meinem Büro abzugeben.

**Der Beauftragte:**
Ernst Hutzenlaub, Architekt,
Graf Eberhardbau. Tel. 115.

**Husten, Atemnot,**
**Verschleimung**

Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.

**Walther Althaus,**
**Heiligenstadt (Eichsfeld)**
W 182.

**Kaufe**
**Hauslumpen**
**per Kilo 10 Pfennig.**
**Fr. Keßler.**

**Suche** für meine 18 jährige Tochter **Stellung** als

**Lehr-Saaltochter**

oder zum **Bedienen in einem Café.**

Auf Wunsch persönliche Vorstellung.

**Frau Zugführer Schoch,**
**Tübingen,** Derendingerstr. 211

Verkaufe meine

**Heuscheuer**

in der Eiselsklinge morgen **Freitag, abends ½6 Uhr** an Ort und Stelle.

**Gustav Fischer.**

**Keine kalten Füße mehr,**
wenn Sie unser **Schuhfett** gebrauchen, in schwarz u. gelb. Erhält das Leder weich u. geschmeidig.
**A. & W. Schmit, Med.-Drogerie**

Wegen Erkrankung

**Sprechstunde**

erst wieder

**am Montag.**

**Zahnarzt Dr. Weidner.**


LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw